Ausgabe 2007-11

V W L

Geld- und Kreditpolitik

1. Geld
1.1 Aufgaben des Geldes in der Volkswirtschaft
1.2 Wirkungen von Geld
1.3 Entstehung von Geld
1.4 Geldpolitische Instrumente
1.5 Geldmengen und deren Definitionen
1.6 Geldnachfrage

2. Inflation
2.1 Messgröße der Inflation
2.2 Die Wirkung der Inflation
2.2.1 Beeinträchtigung der Geldfunktion
2.2.2 Wirkung der Inflation auf die Beschäftigung
2.2.3 Auswirkung der Inflation auf das Wirtschaftswachstum und die Allokation der Ressourcen
2.2.4 Umverteilungseffekte durch die Inflation
2.2.5 Maßnahmen zum Schutz vor Inflationswirkungen
2.3 Ursachen der Inflation

3 Geldwert und Preisstabilität

4 Geldschöpfungstheorie

5 Quellenangaben

1. Geld

Geld ist das gesetzliche Zahlungsmittel, sowie das von der Allgemeinheit anerkannte Tausch- und Zahlungsmittel, Wertmaßstab aller Güter und Leistungen, Mittel zur Wertaufbewahrung und Wertübertragung.

Betriebswirtschaftslehre	Volkswirtschaftslehre
individuelle Betrachtungsweise	übergeordnete Betrachtungsweise
Geld ist ein knappes Gut	1. Geld ist nicht knapp.
	2. Geld ist kein Einkommen, sondern eine bestimmte Form, in der Einkommen gezahlt wird (Produktionsfaktore, Faktoreinkommen)
	3. Geldsparguthaben ist volkswirtschaftlich gesehen kein Vermögen.
	4. Kredite sind gesamtwirtschaftlich betrachtet keine Schulden.

1.1 Aufgaben des Geldes in der Volkswirtschaft

allgemeines Tauschmittel	Wertübertragungsfunktion
Wertausdrucksmittel	stellt Bewertungsmaßstab und Recheneinheit dar
Spar- und Kreditmittel	Wertaufbewahrungsfunktion Konsum zeitlich strecken oder vorziehen

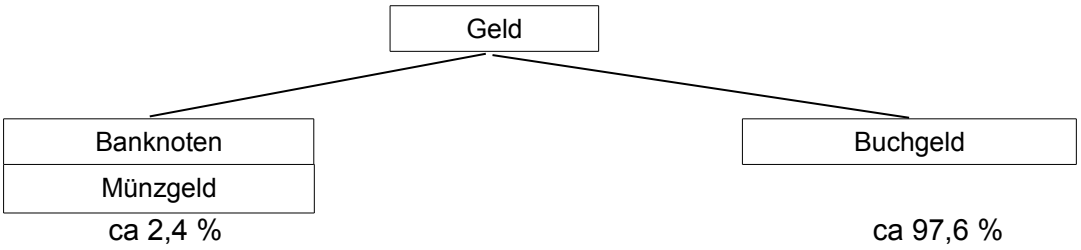
- Mit der Einführung/Erfindung des Geldes in die realwirtschaftlichen Tauschvorgänge wurde das Wirtschaften des Menschen effizienter.
- Geld erlaubte die Spezialisierung im Produktionsprozeß; Voraussetzung für Massenproduktion und Konsum.
- Die Produktivität ist wesentlich gestiegen und damit der materielle Wohlstand.
- Die sogenannten Industriestaaten entwickelten einen bisher nicht gekannten Wohlstand/Lebenserwartung/Existenzsicherung.
- Die Einführung von Geld führt auch zu Abhängigkeiten (aus der Spezialisierung).

Im Jahre 1886 begann die Industrialisierung in Europa.

1.2 Wirkungen von Geld

1. Erhöhung der Informationsmöglichkeiten und Senkung der Informationskosten.
   d.h., durch die Einführung von ökonomischen Größen wie Einkommen, Preise, Kaufkraft sind direkte Vergleiche möglich.
2. Senkung der Transaktionskosten
   In einer reinen Tauschwirtschaft ist der Austausch von Waren und leistungen mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Dieser Aufwand wird durch den Einsatz von Geld erheblich gesenkt.
3. Der Freiheitsgrad ökonomischer Konsum- und Investitionsentscheidungen wird durch die Verwendung von Geld deutlich erhöht. Durch die Einführung des Geldes besteht die Möglichkeit, den Konsum zu verlagern (Sparen, Kredite).

1.3 Entstehung von Geld



Die Entstehung von Buchgeld wird als Geldschöpfunq bezeichnet.
Geld schöpfen ist zunächst nur der Zentralbank gestattet. Die Zentralbank ist die Bank einer Volkswirtschaft (Sektor Haushalte, Sektor Unternehmen, Sektor Staat).
In Deutschland ist dies die Europäische Zentralbank in Geschäftsbesorgung der Deutschen Bundesbank. Organisatorisch dem Sektor Staat zugewiesen, ist sie jedoch völlig selbständig.
Ihre Aufgaben und Befugnisse sind geregelt:

- in den Maastricher Verträgen zur Wirtschafts- und Währungsunion 1991
- im Bundesbankgesetz von 1957 und
- im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben ist Europäische Zentralbank / die Deutsche Bundesbank von Weisungen der Regierung unabhängig. Diese Unabhängigkeit resultiert aus den Erfahrungen von der Vergangenheit (1918 - 25 und 1933 -1948).
Um zu verhindern, dass durch unsachgemäße Handhabung der geldpolitischen Instrumente wirtschaftliche Zusammenbrüche entstehen wurden im Verlauf von Jahren/Jahrzehnten eine Fülle von Instrumenten und Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene geschaffen.

Instrumente auf internationale Ebene

- Weltbank
- Internationaler Währungsfond
- Bank für internationalen Zahlungsausgleich (Basel)
- Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)

Instrumente auf nationaler Ebene

- Maastricher Verträge und Bundesbank-Gesetz
- Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 mit den volkswirtschaftlichen Zielen
- Kreditwesengesetz (KWG) regelt die Zulassung von Banken; Ausführendes Organ ist das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen im Bundesamt für Finanzdienstleistungen (BAFIN)
- Spareinlagen insbesondere zur Höchstbegrenzung (§ 22 KWG)
- Vorschriften zur Kreditgewährung, Großkredite (§ 13 KWG), Organkredite, Millionenkredite, Vorschriften zur Liquiditätsausstattung und Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Kunden (§18 KWG)

Europäische Zentralbank / Deutsche Bundesbank

... hat das alleinige Geldmengenmonopol beim Notengeld.
Buchgeldschöpfung (Schaffung) können auch die Geschäftsbanken vornehmen.
Allerdings sind sie dabei auf die Mithilfe der Zentralbank angewiesen. Die Zentralbank kann hierbei aber nicht direkten Einfluß auf die Geschäftsbanken nehmen.
Die Geldgeschäfte der EZB mit den Geschäftsbanken dient ausschließlich der Geldversorgung der Volkswirtschaft.

Kreditgewährung ⇨ Geldschöpfung

Kredittilgung ⇨ Geldvernichtung

Schema der Geldschöpfung (GE = Geldeinheiten)

Bargeld
100 GE

→

Bareinzahlung
bei der Bank

→

Bank A Bilanz
Kasse 100 FK-Sichteinlage 100

→

Ergebnis: 100 GE Bargeld
100 GE Buchgeld
200 GE

Bank A Bilanz
Kasse 100 FK-Sichteinl.100

→

Kreditgewährung
100 GE

→

Bank A Bilanz
Kasse 0
Ford. 100 Sicht 100
und beim
Kreditnehmer: 100 GE

→

Ergebnis: 100 GE Ford.
100 GE Sicht.
100 GE Bar
300 GE

Kreditnehmer tätigt
Einzahlung bei
Bank B 100 GE

→

Bank A Bilanz
Ford. 100 Sichteinl. 100

Bank B Bilanz
Kasse 100 Sichteinl. 100

→

Ergebnis: Ford. Bank A 100 GE
Sichteinl. Bk.A 100 GE
Kasse Bank B 100 GE
Sichteinl. Bk.B 100 GE
400 GE

1.4 Geldpolitische Instrumente

<table>
<tr><th colspan="3">geldpolitische Instrumente</th></tr>
<tr><td>Offenmarktgeschäfte</td><td>ständige Fazilitäten</td><td>Mindestreserve der Geschäftsbank bei der EZB</td></tr>
<tr><td>Refinanzierungsgeschäfte Dauer 1 Woche</td><td rowspan="2">Spitzenrefinanzierungsfazilität

(Bank bekommt über Nacht Geld von der EZB)</td><td rowspan="3">Banken müssen bei EZB Guthaben unnterhalten, deren Höhe sich nach ihren reservepflichtigen Verbind-lichkeiten richtet</td></tr>
<tr><td>längerfristige Refinanzie-rungsgeschäfte, Dauer 3 Monate</td></tr>
<tr><td>Feinsteuerungsoperationen (von EZB selten benutzt)</td><td>Einlagefazilität</td></tr>
</table>

Geldpolitik steuert indirekt die Geldmenge einer Volkswirtschaft oder Währungsunion.

Preisentwicklung einer Volkswirtschaft? Grundsätzlich nach Angebot und Nachfrage !

Mindestreserve

- Einfluss der Mindestreserve auf die Geldmengenpolitik ist verschwindend gering
- durch Heraufsetzen der Mindestreserve (deutlich mehr als verdoppeln) kann die Kreditschöpfung der Geschäftsbanken fast sofort unterbunden werden

1.5 Geldmengen und deren Definitionen

Geldmengendefinitionen der Europäischen Zentralbank (EZB)

Geldmenge	Definition
M 1	Bargeld + Sichteinlagen inländischer Nichtbanken*
M 2	M 1 + Termineinlagen unter 2 Jahre + Spareinlagen unter 3 Monate
M 3	M 2 + Schuldverschreibungen unter 2 Jahre + Anteile an Geldmarktfonds und Geldmarktpapieren + direkte Finanzierung Großunternehmen bei der EZB

* inländische Nichtbanken: Unternehmen, die keine Banken sind

Die EZB knüpft bei ihrer Geldmengensteuerung ganz eng an die Geldmengendefinition M 3 an.

Für die Geldmengensteuerung gibt sie jährlich im voraus ein Geldmengenziel vor; d.h., um diesen Prozentsatz kann sich die Geldmenge M 3 in der Folgeperiode erhöhen, ohne dass Inflationsgefahr besteht.

Steigt die Geldmenge stärker als im Ziel avisiert, wird die Notenbank EZB Maßnahmen zur Senkung des Geldmengenzuwachses ergreifen.

Der Zielkorridor liegt im allgemeinen zwischen 4-6%.

Es besteht ein sehr signifikanter Zusammenhang zwischen:

a) dem Wachstum der Geldmenge M 3 und
b) der gemessenen Inflationsrate während einer Periode (z.B. 1 Jahr)

1.6. Geldnachfrage

Als Geldnachfrage wird der Bedarf der Wirtschaftssubjekte an Geld bezeichnet. Geld wird als Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel und als Recheneinheit von den Wirtschaftssubjekten benötigt und daher auch nachgefragt.
Die Wirtschaftssubjekte benötigen die Zahlungsmittelfunktion des geldes, um Tauschvorgänge reibungslos abwickeln zu können. Die Höhe der erforderlichen Geldhaltung richtet sich nach dem Tauschvolumen und der Häufigkeit der Benutzung einer bestimmten Geldmenge.
Als Maßstab für das Tauschvolumen wird das Nationaleinkommen aus der Quantitätsgleichung des Geldes genommen.

Kassenhaltungsdauer ist die Zeit, welche benötigt wird, um den Zeitraum zwischen Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen zu überbrücken.
Anstatt der Kassenhaltungsdauer (k) kann auch die Umlaufgeschwindigkeit (V) des Geldes verwendet werden. $V = 1 / k$.
Die Kassenhaltungsdauer hängt auch von den Zahlungsgewohnheiten ab.

Die durchschnittliche Kassenhaltungsdauer privater Haushalte in einer Mustervolkswirtschaft beträgt 100 GE.

Zwischen der Geldnachfrage und dem Nationaleinkommen besteht eine proportionale Beziehung.

Beispiel:
Zu Beginn des Monats fließt den Haushalten aus der zur Verfügungstellung eines Produktionsfaktors (Lohn, Gehalt) Einkommen in Form der Übertragung von Sichtguthaben in Höhe von 100 EUR zu.
Abgesehen von der Ersparnisbilung der privaten Haushalte, geben diese ihr Einkommen im Laufe eines Monats wieder aus, an die Unternehmen um von dort Kosumgüter/Dienstleistungen zu erwerben mit denen sie ihre Bedürfnisse befriedigen.
Im Monatsdurchschnitt halten somit die Haushalte 50 GE. Ebenso halten die Unternehmen im Monatsdurchschnitt 50 GE. Somit liegt die Geldmenge, die für dieses Nationaleinkommen benötigt wird, bei 100 GE.

Das gleiche Ergebnis erhält man auch, wenn man die Zahlenwerte in die Quantitätsgleichung einsetzt. ($P = 1$).

$M * V = Y * P$

$M = 100 \quad V = 12 \qquad 100 * 12 = 1200 * 1$

2. Inflation

inflatio (latein.) = aufblähen

Wächst in einer Volkswirtschaft während einer Periode die Geldmenge stärker als die Gütermenge, herrscht **Inflation**.
Von Inflation spricht man dann, wenn folgende Sachverhalte gegeben sind:
1. Nicht einzelne Güterpreise steigen, sondern alle Preise steigen im langfristigen Durchschnitt.
2. Die Entwicklung muß anhaltend sein (Trend).
3. Die Inflation muß spürbar sein, wird heute mit 2 - 3% angenommen. In den 50er und 60er Jahren wurde eine Inflation bereits bei 1 - 2% durchschnittlicher Preissteigerung angenommen.

2.1 Messgröße der Inflation

Bei Vor- und Zwischenprodukten kommt es zur Kompensation (Kostensenkungen werden mit Preiserhöhungen ausgeglichen). Deshalb wird in der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Preisindex für die Lebenshaltungskosten (Harmonisierter Verbraucherpreisindex; HVPI) als Meßgröße für die Inflation verwendet. Der Preisindex ist eine statistische Meßzahl zur Erfassung von Preisentwicklungen. Der Preisindex der Lebenshaltungskosten zeigt die Entwicklung der Verbraucherpreise an. Die Berechnung des Verbraucherpreisindex basiert auf einer gezielten Auswahl von etwa 700 Waren und Dienstleistungen die unter Auswertung von Anschreibungen in den Haushaltsbüchern und weiterer amtlicher Quellen ermittelt werden. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird Ihnen im Warenkorb ein entsprechendes „Gewicht“ (Anteil) zugeteilt; das sog. ‚Wägungsschema'. Für alle im Verbraucherpreisindex berücksichtigten Positionen verfolgen ‚PreisBeobachter' in 190 Städten und Gemeinden laufend in den verschiedensten Geschäften jede Preisveränderung. Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren sich monatlich zu rund 350.000 Zeitreihen.

Warenkorb enthält 700 Güter und Dienstleistungen bezogen auf 1 Monat → aktuelle Preise der Güter und Dienstleistungen des aktuellen Monats (Berichtsmonat) → Vergleich der Konsumsummen Berichtsmonat und Basismonat

1. Preisindex Beispiel: Basismonat 3100 €, Berichtsmonat 3207 €

$$\text{Preisindex} = \frac{\text{Berichtsmonat}}{\text{Basismonat}} \cdot 100 \qquad \text{Preisindex} = \frac{3207{,}50€}{3100{,}00€} \cdot 100 = 103{,}47$$

2. Inflationsrate

$$\text{Inflationsrate} = \frac{\text{Preisindex Berichtsmonat}}{\text{Preisindex Basismonat}} \cdot 100 \text{ Prozent} - 100$$

$$\text{Inflationsrate} = \frac{103{,}47}{100{,}0} \cdot 100 \text{Prozent} - 100 = 3{,}47\ \%$$

3. Kaufkraft

$$\text{Kaufkraft} = \frac{100}{103{,}47} = 0{,}966 \text{ Euro}$$

Interpretation:

„Bei der Interpretation des Verbraucherpreisindex für Deutschland kommt es in der Öffentlichkeit häufig zu Missverständnissen. Weit verbreitet ist der Irrtum, die nachgewiesene Teuerung könne unbesehen auf die Situation des eigenen Haushaltes übertragen werden. Dabei wird jedoch verkannt, dass in der Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen Berücksichtigung findet. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbetrachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet.“
zitiert aus „Datenreport 2006“, Kap. 16.2 ‚VerbraucherpreisIndex', S. 326

„Viele Verbraucher nehmen die Teuerung intensiver wahr, als sie von der amtlichen Statistik gemessen wird. Erklärbar ist das u.a. dadurch, dass Preissteigerungen viel stärker empfunden werden als Preissenkungen oder unveränderte Preise und dies besonders zu Buche schlägt, wenn vor allem häufig gekaufte Produkte teurer werden, wie dies in 2000 und 2001 der Fall war.“ Zum anderen wird nicht ‚wahrgenommen', dass auch Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter das Ausgabebudget der privaten Haushalte belastet. „Die Preise hierfür entwickeln sich seit Jahren unterdurchschnittlich, z.T. sogar rückläufig. Sie werden von den privaten Haushalten aber kaum wahrgenommen, weil sie nur in langen Abständen für den einzelnen Haushalt wirksam werden.“
Zitiert aus „Datenreport 2006“, S. 330

Es gibt keine Volkswirtschaft, in der es keine Inflation gibt.
Es ist eine Frage der Höhe der Inflationsrate.
Die Verfahrensweise zur Messung der Inflationsrate ist nicht ganz unproblematisch.
Es wird nur die Binnenkaufkraft erfaßt. „Die Kaufkraft der D-Mark war in der Vergangenheit kräftig gestiegen; Die Devisenkurse der meisten Länder waren im gleichen Zeitraum gesunken (Aufwertung der D- Mark).
Der Warenkorb wird über längere Zeit konstant gehalten (Aktualisierung nur alle 5 - 7 Jahre).
Das hemmt die Vergleichbarkeit und schränkt die Aussagefähigkeit bezüglich des „Wohlstandes = Konsumsumme“ ein.

Anstieg der Inflationsrate 1991/92 durch Währungsumstellung und Wiedervereinigung.
zu wenige Güter auf dem Markt → zu hohe Nachfrage → zuviel Geld im Umlauf
→ Handelsketten vollziehen Preiserhöhungen
→ Kreditzinsen damals ca.8%, heute 2007 um 5%

Jährliche bestehende Inflationsraten bedeuten langfristig einen permanenten Rückgang der Kaufkraft. Der Rückgang der Kaufkraft ist solange nicht problematisch...

1. solange die Haulshaltseinkommen steigen
2. der Produktivitätsfortschritt das mehr als ausgleicht.

2.2 Die Wirkung der Inflation

Wirkung der Inflation				
Beeinträchtigung der Geldfunktion	Einfluss auf die Beschäftigung	Einfluss auf Wirtschaftswachstum	Einkommens- und Vermögensverteilung	Allokation der Produktionsfaktoren

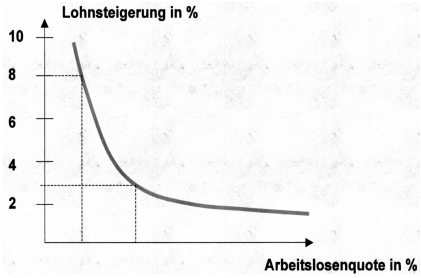
2.2.1 Beeinträchtigung der Geldfunktion

Eine sich schnell beschleunigende Inflation wird als Hyperinflation bezeichnet.
1. Die Wertübertragungsfunktion geht verloren (Ersatzwährungen, Tauschwirtschaft).
2. Die Wertaufbewahrungsfunktion geht verloren (Spar- u. Kreditgeschäfte kommen zum Erliegen).
3. Die Wertausdrucksfunktion als Recheneinheit geht verloren.

Die Hyperinflation in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg bis 1925 hatte beispielsweise zur Folge, dass sich die im Umlauf befindliche Geldmenge um das ‚siebenmillardenfache' erhöhte, während die Preise in einem Zeitraum von 16 Monaten vor dem November 1923 um das ‚zehnmillardenfache' explodierten.

2.2.2 Wirkung der Inflation auf die Beschäftigung

Ursprüngliche Erkenntnis:
Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Änderungsrate des Nominallohnsatzes (Lohnsteigerungen) und der Arbeitslosenquote.



Phillips-Kurve

Erkenntnis:
Eine relativ hohe Inflationsrate bedeutet eine niedrige Arbeitslosenquote und umgekehrt bedeutet eine niedrige Inflationsrate eine hohe Arbeitslosenquote.
Aus dieser Erkenntnis heraus wurde für die Wirtschaftspolitik folgende Schlußfolgerung gezogen: Auch bei einer relativ hohen Inflationsrate kann die Arbeitslosigkeit durch zusätzliche Konjunkturprogramme, durch zusätzliche Staatsausgaben, durch Steuererleichterungen und Zinssubventionen zusätzliche Nachfrage schaffen und damit die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.

Ergebnis:
- durch die Konjunkturprogramme kommt es zu kurzfristigen Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt.
- langfristig kommt es zu einem Anstieg der Staatsverschuldung
- Fehlallokation der (Verschwendung von) Ressourcen
- wirkt sich langfristig nachteilig auf die Volkswirtschaft aus

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Wirkung der Inflation destabilisierend auf den Wirtschaftskreislauf wirkt und ihre kurzfristigen, positiven Auswirkungen (Phillips-Kurve) für den größten Teil der heute herrschenden Arbeitslosigkeit nicht zutrifft.

Arbeitslosigkeit

friktionelle Arbeitslosigkeit (Sucharbeitslosigkeit)	„natürliche“ Arbeitslosigkeit, Anteil: 2%
saisonale Arbeitslosigkeit	durch Tarifparteien geschaffene Instrumente (z.B. Baugewerbe); Anteil:~3%
konjunkturelle Arbeitslosigkeit	Gesamtnachfrage ist rückläufig ⇨ Abbau von Arbeitsplätzen steigt Gesamtnachfrage wieder an ⇨ erhöht sich auch Beschäftigung Anteil: ~5%
strukturelle Arbeitslosigkeit	Anteil: 7...11%

2.2.3 Auswirkung der Inflation auf Wirtschaftswachstum und Allokation der Ressourcen

Warum sind hohe und stark schwankende Inflationsraten nachteilig für die Volkswirtschaft ?

Es kommt zu einer großen Unsicherheit bei den Investitionsentscheidungen. Somit steigt das Risikopotenzial für Fehlentscheidungen.
Die Inflation bindet Ressourcen, die somit nicht für die Produktion genutzt werden können.
Die Preisinformationen veralten sehr schnell. Dies bedeutet, dass falsche Informationen zu Fehlentscheidungen führen.
Flucht in Sachwerte. Aus Furcht vor Inflationsverlusten (oder Erwartung zusätzlicher Gewinne) kommt es zur Bindung von unproduktivem Sachkapital (Grundstücke, Häuser, Gold, Kunstgegenstände ...).

2.2.4 Umverteilungseffekte durch die Inflation

Umverteilungseffekte entstehen dann, wenn:
-sich außer dem Preisniveau auch das Preissystem ändert .
-sich die Wirtschaftssubjekte über die tatsächliche Inflationswirkung täuschen.
-die Wirtschaftssubjekte nicht die Macht haben, die Inflation "vorwegzunehmen".

Diese Umverteilungseffekte entstehen auf drei Ebenen
A: Umverteilungseffekte zwischen Beziehern von festem Einkommen (Lohn- und Gehaltsempfänger, Rentner) und Beziehern von preisabhängigem Einkommen (Selbständige):

während einer oder mehrerer Perioden gibt es ein festes, fixiertes Einkommen ⇨ das Preisniveau während dieser Zeit steigt ⇨ keine Anpassungsmöglichkeiten der Einkommen ⇨ Kaufkraft sinkt

B: Umverteilung zwischen Gläubigern und Schuldnern

Im deutschen Handelsrecht gilt das Nominalwertprinzip. Das heißt, die Wertansätze beim Erwerb sind verbindlich (auch für die Zukunft). Der Realwert eines Kredites nimmt ständig ab, der Schuldner ist somit der Gewinner.
Da die Banken nur das Geld ihrer Einleger (Sparer) als Kredit herausgeben, sind die Einleger (Sparer) die Verlierer der Inflation.

C: Umverteilungseffekte zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor

C a: Wirkungen auf der Einnahmenseite: Indirekte Steuern auf die Nominalwerte:
privater Sektor: Inflation → Preiserhöhungen → steigen die Nettoeinkommen nicht im gleichen Umfang, reduziert sich die Kaufkraft
öffentl.Sektor: Preiserhöhung durch Inflation → Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer (MwSt) erhöht sich → das Steueraufkommen steigt → Kaufkraft des öffentl. Sektors bleibt erhalten oder nimmt sogar zu

Die Relationen vom öffentlichen Sektor zum privaten Sektor bzgl. der Kaufkraft verbessern sich permanent zu Gunsten des öffentl. Sektors.

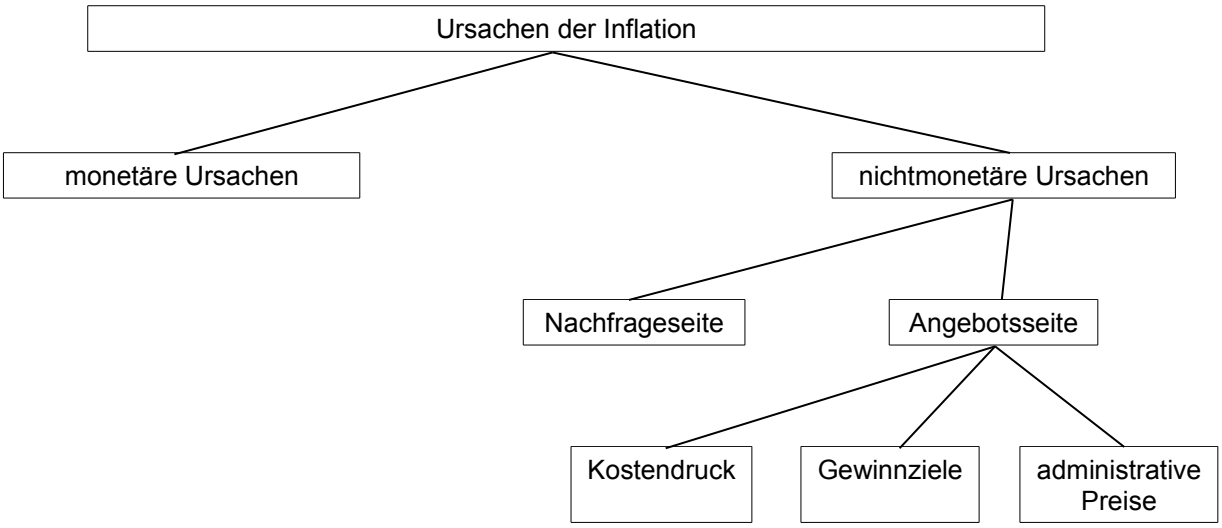
C b: Durch die Inflation ergeben sich bei den direkten Steuern (Einkommensteuer) zweierlei Ausprägungen:
Durch die Inflation kommt es im Zeitablauf zu einem Anstieg der Nominallöhne → Bleibt der Grundfreibetrag dann über Jahrzehnte konstant, werden immer mehr Bezieher von „Kleinsteinkommen“ steuerpflichtig .
Steigen die Nominallöhne nur in Höhe der Inflationsrate nimmt die Kaufkraft permanent ab.
Durch den Anstieg der Nominallöhne steigt gleichzeitig der persönliche Steuersatz.

2.2.5 Maßnahmen zum Schutz vor Inflationswirkungen

Indexierung durch Geldwertsicherungsklauseln

Vorteile	Verhinderung der permanenten Enteignung der Geldvermögenbesitzer
	Indexklauseln fördern die Sparneigung, da diese eine Realsicherung des Geldvermögens entsprechen
	Im Ergebnis soll es zu einer Preisstabilität kommen. Die Indexierung kann somit wieder entfallen
Nachteile	Werden sämtliche Preise in einer Volkswirtschaft indexiert, entsteht ein Kreislauf, der nur durch einen sogenannten Lohn- Preisstop zu durchbrechen ist.
	Eingeständnis der Regierung gegen Inflation machtlos zu sein. Es werden nur die Auswirkungen der Inflation bekämpft, nicht ihre Ursachen. Die Stabilität des gesamten Wirtschaftsprozesses gerät außer Kontrolle (verursacht eine wirtschaftliche Rezession).

2.3 Ursachen der Inflation



Kernaussage ist, dass die Wachstumsrate der Geldmenge größer ist, als die Wachstumsrate des Sozialproduktes.
Es gibt somit einen entscheidenden empirischen (tatsächlichen) Zusammenhang zwischen der Änderung der Wachstumsrate der Geldmenge und der Änderung des Preises (Inflationsrate). Wenn dieser Zusammenhang so besteht, so bräuchten den Klassikern zufolge nur die Geldmenge und die Wachstumsrate des Sozialproduktes verändert werden, um die Inflation zu bekämpfen.

Dieser theoretische Spezialfall ist nur ab dem Zeitpunkt so denkbar, in dem die Währung zu leben beginnt. In der BRD wäre dies nur in dem ersten Jahr nach der Währungsreform (Reichsmark in DM) vom 20. Juni 1948 der Fall gewesen. (Ca. 10 Milliarden DM ‚Papiergeld' wurden der Wirtschaft als „Kopfgeld“ zur Verfügung gestellt) .

Da es sich hier um ein komplexes System handelt welches in sich viele Instabilitäten aufweist, die zudem noch unterschiedliche Prozess- und Strukturwirkungen haben, ist ein solcher Gleichschritt danach nicht mehr möglich.

a. Nachfrageursachen

Im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential gibt es eine zu große Nachfrage. Dies wiederum führt zu einer Preissteigerung (Preiserhöhung). Erst wenn dieser Nachfragesog nachhaltig ist, führt dies zu einer Kapazitätserhöhung (auf dem erhöhten Preisniveau).

Haushalte
Erhöhung des Konsumanteils bei gleichzeitig unveränderten Investitionen und Staatsausgaben.

Unternehmungen
Die Nettoinvestitionen einer Periode sind höher als die Nettoersparnisse der privaten Haushalte. Spielte in den Jahrzehnten der Marktwirtschaft in der Bundesrepublik defacto keine Rolle. Die Ersparnisse der privaten HH und die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten und Zuführungen zu den Rückstellungen konnten die Investitionen der Unternehmen immer decken. Danach erreichte der Selbstfinanzierungsanteil der deutschen Unternehmen im Jahre 2004 die Rekordgröße von 120%. Dieser Wert hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt. Danach spielte der Unternehmenssektor bei der ‚nachfrageinduzierten Inflation' keine Rolle. Sehr wohl aber bei den ‚angebotsorientierten Inflationsursachen' .

Sektor Staat
Staatsquote etwa 50%. Die Ausgaben des Staates übersteigen deren Einnahmen. Dies wird (würde) nicht durch die inländische Ersparnisbildung finanziert. Kreditaufnahmen im Ausland, Abschöpfung der Bundesbankgewinne.

Die nachfrageinduzierte Inflation ist weitgehend eine konjunkturelle Inflation.
Beispiel: Deutschland in den 50er und 60er Jahren
Die Haushalte hatten eine aufgestaute Nachfrage: Fresswelle, Kleiderwelle, Wohnungswelle, Urlaubswelle → dadurch haben die Haushalte hohe Inflationsraten verursacht.
In Zeiten starken wirtschaftlichen Wachstums (Boom) erhöht sich die Inflationsrate, bei sinkenden Wachstumsraten (Rezession) geht auch die Inflationsrate tendenziell zurück.
In diesem Zusammenhang bestehen allerdings erhebliche Zeitverschiebungen (time-tags von bis zu 2 Jahren). Solche konjunkturellen Inflationen können gleichzeitig durch andere Einflüsse kompensiert werden werden.
Die Instrumente zur Bekämpfung der Inflation sind im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankert. In konjunkturellen Boomphasen sind Bund, Länder und Gemeinden verpflichtet, ihre haushaltspolitischen Instrumente einzusetzen. Ziel ist es, ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen.

Drosselung von Staatsausgaben (Reduzierung)
Konjunkturzuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer (bis 10%)
Verminderung von Sonderabschreibungen und Zinsvergünstigungen
Reduzierung der Staatsverschuldung bzw. Bildung von Budgetüberschüssen

Ergebnis: Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wurde nur während einiger Erscheinungen der 60- iger und 70- iger Jahre als ernsthaftes Instrument eingesetzt.
Wirkung: Die Wirkung ist gering.

b. Angebotstheorie (Kosteninflation)

Steigen die Kosten (Energie, Material, Löhne, Zinsen, Abgaben) stärker als dies durch Rationalisierungen aufgefangen werden kann, werden Preiserhöhungen notwendig. Damit verbunden ist die Inflation.
Auch der Sektor Staat wirkt durch seine Marktmacht inflationstreibend. Bsp: Steuererhöhungen

Die tatsächliche Lohnentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist sehr, sehr eng mit der Umsatzentwicklung der Unternehmen wechselseitig verbunden, d.h. es existiert ein Annäherungswert von nahezu 1 (was 100% entspricht).

3. Geldwert und Preisstabilität

Geld kann jederzeit zum Tausch von Gütern und Dienstleistungen verwendet werden.
Durch die Rechenfunktionen des Geldes lassen sich alle Güter und Dienstleistungen untereinander vergleichen. Die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes ist durch die Inflation bedroht (Wertverlust).

Lohnsteigerung	
1995	100,0%
2004	120,2%
	+ 20,2%

Preissteigerung	
1995	100,0%
2004	113,0%
	+13,0%

Kaufkraft(-anstieg) 20,2% - 13,0% = 7,2%

Steigen die Löhne nur in Höhe der Preise, bleibt die Kaufkraft konstant, es kommt also zu keiner Kaufkrafterhöhung. Diese ist aber notwendig, damit ein weiteres Wirtschaftswachstum realisiert werden kann.

Die Löhne müssen jährlich um die zu erwartende Inflationsrate zzgl. dem Produktivitätsfortschritt steigen.
Und: Löhne sind Kaufkraft und nicht der Verursacher von struktureller Arbeitslosigkeit bzw. der Verlagerung von Produktion ins Ausland.

An einem einfachen Beispiel kann gezeigt werden, dass die Aussage „die Löhne sind zu hoch in Deutschland“ nicht gerade von ökonomischen Sachverstand des Absenders zeugt:

Das das Lohnniveau in Deutschland höher ist, als vielen anderen Staaten
ist zwar richtig, a b e r
dabei muss auch die Produktivität berücksichtigt werden.
Lohnkosten = Lohnhöhe • Produktivität

Wenn die Löhne in Deutschland tatsächlich „zu hoch“ wären ...
... dann würden wir in Deutschland zu teuer produzieren
... und das Ausland würde unsere Produkte nicht kaufen
tatsächlich ist aber Deutschland Exportweltmeister auf diesem Planeten bzw. immer auf einem der vorderen Plätze.

4. Geldschöpfungstheorie

Zentralbankengeld	=	Bargeldumlauf (Bargeld der Nichtbanken)	+	Einlage (Guthaben) der Geschäftsbanken bei der Zentralbank

Als Geldanbieter treten die Zentralbank und die Geschäftsbanken mit ihrem gesamten Bankensystem auf. Die Geldnachfrager sind alle Nichtbanken wie:
- private Haushalte
- Unternehmungen
- Staat (ohne Zentralbank)

Die Geldnachfrager bestimmen im Zusammenwirken mit den Geschäftsbanken und in Abhängigkeit der monetären Rahmenbedingungen der Notenbanken die Höhe des Geldangebotes.
Da das Geld unbegrenzt künstlich geschaffen werden kann, kann Geld in einer Volkswirtschaft nicht knapp werden, kann kein knappes Gut sein.
Alleiniger Anbieter von Zentralbankgeld (ZBG = BG + DGB) ist die Zentralbank. ZBG wird immer dann geschaffen, wenn es zu einer Verlängerung der Notenbankbilanz kommt.
Dies geschieht durch:
- Ankauf von Wertpapieren (Wechsel)
- Ankauf von Devisen
- Kreditvergabe an Geschäftsbanken .

Umgekehrt kommt es zu einer Vernichtung von ZBG durch den Verkauf von Wechseln und Wertpapieren, dem Verkauf von Devisen ...

Die Zentralbank kauft ein Wertpapier in Höhe von 1.000 € von der Geschäftsbank an. Das Wertpapier geht somit von der Geschäftsbank zur Zentralbank und die Geschäftsbank erhält von der Zentralbank ZBG in Höhe von 1.000 €.

Grenzen der Zentralbankschöpfung

Solange die Zentralbank keine Fremdwährungsverbindungen eingeht, kann die Zentralbank nicht zahlungsunfähig werden.
Eine quantitative, fixierte Grenze für die Produktion von ZBG gibt es nicht.
Diese Grenze wird durch gesetzliche und politische Ziele gesetzt. In Deutschland ist die ZBG-Schöpfung nur solange erlaubt bzw. möglich, solange die Preisniveaustabilität nicht gefährdet ist.

Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken durch Ankauf von Devisen

Die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken (GB) entsteht z. B. durch den Ankauf von Devisen, welche mit den Sichtguthaben auf der Passivseite der Bilanz bezahlt werden.
Mit dieser ausländischen Währung kann die Unternehmung im Inland nicht arbeiten und bringt die Devisen deshalb zur Geschäftsbank.
Die Geschäftsbank bucht die Devisen auf seiner Aktivseite und gleichzeitig als Sichteinlage für die Unternehmung auf seiner Passivseite. Diese Sichteinlage ist für das Unternehmen Guthaben auf der Aktivseite der eigenen Bilanz und kann damit im Inland seine Geschäfte tätigen.
So ist aus dieser Transaktion Giralgeld (Buchgeld) entstanden. Die Geldmenge hat sich somit weiter erhöht.

Giralgeldentstehung durch Kreditgewährung

Auch durch die Vergabe eines Kredites an eine Unternehmung entsteht Giralgeld (Buchgeld).
Damit die Geschäftsbank nicht zahlungsunfähig wird, muss sie sich von der Zentralbank ZBG besorgen. Die Bargeldnachfrage ist eine Restriktion für das Geldangebot der Geschäftsbanken (Nichtbanken wollen einen Teil ihres Guthabens in Form von Bargeld haben). Damit ist die Geschäftsbank auf die Bereitstellung von ZBG durch die Notenbank angewiesen. Eine zweite Restriktion für die Geldschöpfungsfähigkeit der Geschäftsbanken (GB) ist die Mindestreserve-

pflicht. (Ein bestimmter Prozentsatz ihrer Einlagen muss die GB als Guthaben bei der Notenbank halten.) Bargeld und Mindestreservepflicht schaffen die Nachfrage nach ZBG. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die Notenbank auf den Geschäftsbankensektor einwirken kann.
Diese Überschussreserve, welche zinslos ist, wird als Kredit mit einem Prozentsatz von 10 % vergeben. Aus dieser Rediskontierung können folgende Kredite geschöpft werden.
Die Mindestreserve beträgt 500 € + 450 € + 405 € = 1.355 €.
Dieser Prozeß kann solange fortgeführt werden, bis die UR aufgebraucht ist.

Erweiterung des Modells um:
- Bargeldquote von 50%
- Überweisung an Bank B = 50%

Aus einer einmaligen Zuführung von ZBG (5.000 €) bzw. der ersten freien Überschussreserve erhöht sich das Kreditvolumen im Geschäftsbankensektor um 8.182 € auf insgesamt 13.182 €.
Hierbei handelt es sich um einen Multiplikatorprozess. Die Kreditschöpfung ist demnach abhängig von: r = Mindestreservesatz (10%) c = Bargeldquote(50%)
Die maximale Kreditschöpfung ergibt den Kreditschöpfungsmultiplikator.
Ausgangsbedingung war, dass durch eine einmalige Zuführung von ZBG bei den Geschäftsbanken Überschussreserven (ÜR) entstehen, die allmählich abgebaut werden, bis zum Schluss die gesamte ÜR gleich der Veränderung der Mindestreserve (Δ MR) und der Änderung des Bargeldbestandes (Δ BG) entspricht.

$$ÜR = \Delta MR + \Delta BG$$

Die zusätzliche Mindestreserve (Δ MR) folgt aus der Zunahme der Sichteinlagen.

$$\Delta MR = r * \Delta Ds$$

Die Veränderung des Bargeldes resultiert aus der zusätzlichen Kreditvergabe (Δ K) und der Bargeldquote (c).

$$\Delta BG = \Delta K * c$$

Damit kann die Überschussreserve (ÜR) wie folgt beschrieben werden:

$$ÜR = r * \Delta Ds + \Delta K * c$$

Desweiteren ist zu beachten, dass eine zusätzliche Kreditvergabe eine Erhöhung des Bargeldbestandes und eine Erhöhung des Sichtguthabens bedeutet.

$$\Delta K = \Delta BG + \Delta Ds$$

Umformen: $\Delta Ds = \Delta K - \Delta BG$
Einsetzen: $\Delta Ds = \Delta K - (c * \Delta K)$
Zusammenfassen: $\Delta Ds = \Delta K * (1 - c)$
Daraus folgt: $ÜR = r * \Delta K (1 - c) + c * \Delta K$
Umstellung nach Δ K

5. Quellenangaben

Meister, Helmut: Präsentation zur Vorlesung "Geld- und Kreditpolitik" an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Ostbrandenburg

Internet www.welt-in-zahlen.de